Konzeption für eine einfache gastronomische Versorgung von Veranstaltungen im Rahmen der Begegnungsstätte und des Mehrgenerationenzentrums durch den Landesverband der Volkssolidarität e.V. als gemeinnützigen Träger in Form eines Betriebes gewerblicher Art (BGA)

I. Ausgangssituation

Mit der Nutzung der Räume der Gaststätte „Barleber Hof“ durch die Begegnungsstätte ergeben sich zu den bisherigen Angeboten weitere Möglichkeiten und Anforderungen im Hinblick auf eine gastronomische Versorgung eigener Veranstaltungen und Veranstaltungen der in der Gemeinde ansässigen Vereine. Der Leistungsvertrag in der Fassung der Ergänzungsvereinbarung zum Betrieb einer Begegnungsstätte zwischen der Gemeinde Barleben und dem Landesverband der Volkssolidarität Sachsen-Anhalt e.V. Kreisverband Ohrekreis und der Nutzungsvertrag zu den Räumen der Gaststätte vom 06.03.2012 bilden hierfür den Handlungsrahmen. § 1 Abs. 1 des Vertrages bestimmt: Der Träger hält die in den gemäß Anlage 1 näher bezeichneten Räumen in der „Villa Brandt“ und in der „Mittellandhalle“ eine Begegnungsstätte für ein offenes, gemeinorientiertes, sozial-kulturelles und generationsübergreifendes Kontakt-, Begegnungs-, und Beratungsangebot für ältere, jüngere und insbesondere sozial schwache Einwohner der Gemeinde vor. Die Volkssolidarität ist Projektträger des im Aufbau befindlichen Mehrgenerationenzentrums Barleben. Hierzu wurde am 23. April 2012 ein Letter of Intent zwischen der Gemeinde, der Volkssolidarität und der Hochschule Magdeburg-Stendal unterzeichnet. Nach Einsatz eines hauptamtlichen Projektmanagement soll dieses Projekt vorrangig am Standort Breiteweg 147 realisiert werden. Näheres ist der Projektkonzeption zu entnehmen.

Gemäß § 1 Abs. 2 des Nutzungsvertrages dürfen die Gaststättenräume nur zu den vertraglich vereinbarten Zwecken benutzt werden. Andere Nutzungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Gemeinde. Die Herstellung von Essen und der Ausschank von Getränken über die Zapfanlage sind untersagt. Sollten hier Nutzungswünsche bestehen, ist dieser Bedarf der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. Die Einholung der damit verbundenen behördlichen Genehmigungen obliegt, bei Zustimmung durch die Gemeinde, dem Nutzer.

Die Gemeinde und viele ihrer Vereine sind an einer Erweiterung der bestehenden Angebote im Rahmen des Mehrgenerationenzentrums interessiert. Eine Vielzahl möglicher Veranstaltungen ist ohne gastronomische Betreuung vor Ort nicht denkbar. Es wird deshalb erforderlich, für die gastronomische Versorgung eine detaillierte Konzeption zu erarbeiten und folgende Genehmigungen bzw. Erlaubnisse einzuholen:

1. die Genehmigung der Gemeinde Barleben gemäß § 1 Abs. 2 des Nutzungsvertrages
2. Gaststättenrechtliche Erlaubnis gemäß §§ 2 und 3 Gaststättengesetz (Schankerlaubnis, Speisefertigung)
3. Küchenbetrieb – Gesundheits- bzw. Veterinäramt

Des Weiteren ist der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb beim Finanzamt vorsorglich anzumelden und eine verbindliche Auskunft dahingehend einzuholen, dass die Gemeinnützigkeit des Vereins hierdurch nicht gefährdet wird. Ggf. ist ein Steuerberater hinzuzuziehen, denn ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist eine selbständige nachhaltige Tätigkeit, durch die Einnahmen oder andere wirtschaftliche Vorteile erzielt werden und die über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, ist nicht erforderlich (§ 14 AO). Nicht alle wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe werden steuerlich gleich behandelt. Die Abgabenordnung lässt die in den Einzelsteuergesetzen genannte Einschränkung der Steuerbegünstigung nur dann gelten, "soweit der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb kein Zweckbetrieb ist" (§ 64 (1) AO). Wenn es sich bei dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb um einen Zweckbetrieb handelt, bleibt die Steuerbegünstigung bestehen, Gewinne werden nicht besteuert, der Umsatzsteuersatz beträgt 7%. Ein Zweckbetrieb ist gegeben, wenn

1. der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb in seiner Gesamtrichtung dazu dient, die steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke der Körperschaft zu verwirklichen,
2. die Zwecke nur durch einen solchen Geschäftsbetrieb erreicht werden können und
3. der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb zu nicht begünstigten Betrieben derselben oder ähnlicher Art nicht in größerem Umfang in Wettbewerb tritt, als es bei Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke unvermeidbar ist (§ 65 AO).

Voraussetzung für eine steuerrechtliche Prüffähigkeit ist, dass die in 1 bis 3 genannten Tatbestände anhand der Satzung und einer „Betriebsbeschreibung“ nachgewiesen werden. Die Einnahmen und Ausgaben des Zweckbetriebes sind zukünftig getrennt von den übrigen Geschäften des Vereins zu erfassen und zu dokumentieren. Die Preiskalkulation ist nachvollziehbar und kostendeckend zu gestalten.

II. Betriebsbeschreibung

Der Betrieb soll folgende Aufgaben erfüllen:

1. Versorgung von Veranstaltungen im Rahmen der offenen Seniorenbetreuung.
2. Versorgung von Veranstaltungen zur Projektentwicklung Mehrgenerationenzentrum Barleben (Workshops, Zukunftswerkstatt u.ä.)
3. Versorgung von Veranstaltungen generationsübergreifender Projekte, wie Handarbeitskurse, Computerkurse, Gesellschaftsspiele u.a..
4. Betreuung von Vereinsveranstaltungen wie Pausenversorgung bei Wettkämpfen, Turnieren, Mitgliederversammlungen u.a. im Bereich der Mittellandhalle.
5. Versorgung von Informations- und Bildungsveranstaltungen im Rahmen der satzungsgemäßen Zwecke und der im Trägervertrag mit der Gemeinde vereinbarten Leistungen.
6. Versorgung von Bürgerinformationsveranstaltungen der Gemeinde in der Mittellandhalle und deren Nebenräume.

Grundsätzlich wird die Versorgung der in 1 bis 6 genannten Veranstaltungen nur dann erfolgen, wenn seitens privater Anbieter kein Interesse besteht. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Vereine und der Gemeinde ist dies bei der überwiegenden Anzahl dieser Veranstaltungen der Fall. Ein Indiz für das geringe privatwirtschaftliche Interesse an dieser Versorgung ist, dass bereits 5 Gastronomiepächter im Zeitraum 2004 bis 2011 am Standort „Barleber Hof“ ihren Betrieb nach ca. einem Jahr aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben haben. Da aber ein Mindestmaß an gastronomischer Betreuung für die Begegnungsstätte und das Mehrgenerationenzentrum erforderlich ist, soll dies in Form eines Zweckbetriebes ohne Gewinnabsicht realisiert werden. Gleichwohl sind die Preise so festzulegen, dass hierdurch kein unlauterer Wettbewerb zu privaten Anbietern entsteht. Die Versorgung mit Speisen und Getränken soll sich am laufenden täglichen Bedarf ausrichten. Es sollen nur Speisen angeboten werden, die sich mit geringem Zeit-, Personal- und Energieaufwand und geringen Fachkenntnissen zubereiten lassen.

Als Betriebsstätte werden die Räume einschließlich Küche der Gaststätte „Barleber Hof“ genutzt. Die Versorgung soll neben dem Gastraum je nach Bedarf auch im gesamten Gebäudekomplex, insbesondere den Gemeinschaftsräumen erfolgen. Die Gaststätte ist bis auf die in Anlage 1 genannten Gegenstände komplett ausgestattet, Geschirr und Gläser sind in ausreichender Anzahl vorhanden. Die im Jahre 2004 eingerichtete Küche ist bis auf Kochgeschirr, Kleinteile und Kleingeräte komplett und betriebsfertig ausgestattet. Die in Anlage 2 genannten Dinge sind neu zu beschaffen.

Die Räume der Gaststätte werden derzeit und auch zukünftig zur Mittagessenversorgung der Senioren und anderen Veranstaltungen im Rahmen der Begegnungsstätte genutzt. Diese Nutzung ist bei der Ermittlung der Miet- und Betriebskosten des Zweckbetriebes zu berücksichtigen. Das Mittagessen wird von einer externen Großküche der Volkssolidarität angeliefert und von der Gaststätte auch als „Essen auf Rädern“ im Gemeindegebiet durch die Volkssolidarität verteilt.

Der Betrieb bietet seine Dienste ausschließlich zur Betreuung von Veranstaltungen im Rahmen der Begegnungsstätte und des Mehrgenerationenzentrums und den damit verbundenen Zwecken an. Das heißt, Zielgruppen sind grundsätzlich die Personen, die im Komplex der Mittellandhalle von gemeinnützigen Vereinen organisierte Veranstaltungen besuchen. Der Zweckbetrieb ist **keine** öffentliche Gaststätte!

III. Betriebswirtschaftliche Grundsätze

Der Zweckbetrieb beachtet in seiner Wirtschaftsführung folgende Grundsätze:

1. Der Zweckbetrieb besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit. Hierbei handelt es sich um einen wirtschaftlich ausgerichteten Teilbereich (abgegrenzter Buchungsposten) innerhalb der gemeinnützigen Körperschaft.
2. Der Zweckbetrieb arbeitet kostendeckend, d.h., er deckt seine Ausgaben aus privatrechtlichen Entgelten die er für seine Leistungen verlangt.

3. Gewinne sind für gemeinnützige und satzungsgemäße Zwecke zu verwenden. Verluste dürfen nicht aus gemeinnützigen Mitteln gedeckt werden.

IV. Kosten und Leistungsrechnung

Für den Zweckbetrieb ist eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) aufzustellen. Als wesentliche Kosten sind zu berücksichtigen:

1. Aufwand:

- Personalkosten (Löhne, Gehälter, Aufwand für Abfertigung und Pension, Sozialaufwand etc.)
- Verwaltungskosten, Beratungskosten (Steuerberater, Rechtsberatung)
- Materialkosten (Rohstoffe, Hilfsstoffe, Betriebsstoffe, Vorprodukte etc.)
- Dienstleistungskosten (inklusive öffentlicher Abgaben; Transport, Energie, Beratung, Versicherung etc.)
- Kapitalkosten (Zinsen, Dividenden)
- Raumkosten (Miete, Pacht, Reinigung)
- kalkulatorische Kosten (kalk. Abschreibung, kalk. Zinsen, kalk. Wagnisse etc.)

2. Erlöse:

- Entgelte aus dem Verkauf von Speisen und Getränken
- Entgelte aus sonstigen Leistungen.

Die Kalkulation der Entgelte hat nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung zu erfolgen. Hierbei ist zu beachten, dass die Erlöse die Aufwendungen zu decken haben. Der Aufwand besteht regelmäßig aus feststehenden Kosten und aus variablen Kosten. Die Kosten sind zu Beginn auf den geschätzten Gesamtumsatz zu verteilen. Die Entgelte (Preise) haben sich zudem am Markt zu orientieren. Es ist danach zuerst zu prüfen, welcher Mindestumsatz erforderlich wird, um bei Annahme der niedrigsten Marktpreise einen Erlös zu erzielen, der den Gesamtaufwand deckt. Ist dies nicht der Fall, sind zuerst die Ausgaben zu senken, ist dies nicht mehr möglich, sind die Preise zu erhöhen. Nach Vorlage von realen Geschäftskennzahlen hat regelmäßig (mindesten einmal jährlich) eine Nachkalkulation zu erfolgen.

Die Preiskalkulation des Zweckbetriebes erfolgt in separater Rechnung.